

## INHALT

1. Sonn- und Feiertags Verkaufsverbot in 30 bislang bevorzugten Orten
2. CDU-Initiative führt zu fraktionsübergreifendem Antrag gegen Kinderpornografie
3. CDU fordert die Zulassung von Radarwarngeräten in Autos
4. Große Anfrage zum Nationalsozialistischen Untergrund
5. Hitzige Debatte zur Theaterlandschaft in Schleswig
6. Spoorendonk in der Kritik
7. CDU lehnt Forderung nach Streikrecht für bestimmte Beamte ab

19.03.2014

### **Sonn- und Feiertags Verkaufsverbot in 30 bislang bevorzugten Orten Regierungsfractionen lehnen Neuverhandlung ab**

Die FDP-Fraktion hatte für diese Sitzung beantragt, über die „Bäderregelung“ neu zu verhandeln. Erwartungsgemäß lehnten die Regierungsfractionen den Antrag ab. „Die Wochenendurlauber haben sich sonntags in den letzten drei Monaten die Nase an den Schaufenstern platt drücken dürfen“, erklärte CDU-Tourismuspolitiker Hartmut Hamerich in der Debatte. Allein durch den Entfall der bisherigen Sonntagsverkäufe hätten in Timmendorfer Strand und Umgebung die Geschäftsleute zwischen 10 und 35 Prozent Umsatzeinbruch verkraften müssen.

Zusätzlicher Schwung kam durch einen heutigen Bericht des Flensburger Tageblattes in die Debatte. Danach wird der so genannte „Kioskverkauf“ an Sonn- und Feiertagen in über 30 bislang berücksichtigten Orten nicht mehr erlaubt. Denn das Wirtschaftsministerium hat die bisherige „Landesverordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kur-, Erholungs-, und Ausflugsorten“ mit der neuen Bäderregelung außer Kraft gesetzt. Mit den betroffenen Gemeinden wurde seitens des Ministeriums nicht gesprochen. Man habe die Kreisverwaltungen schriftlich abgefragt, verlautete aus dem Ministerium.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen: "Erst heute hat sich die Landesregierung wieder für ihren im Rahmen der Sonn- und Feiertagsöffnungsdebatte über Jahre geführten Dialog mit allen Beteiligten auf die Schulter geklopft. Minister Meyer hat immer gesagt, dass sich mit der neuen Bäderregelung an der Anzahl der Orte nichts ändern wird. Der Minister wollte also von den tatsächlichen Folgen der Zusammenführung der Verordnungen bewusst ablenken. Mir fehlt deshalb jedes Verständnis dafür, dass er sich jetzt hinter formellen schriftlichen Abfragen an die Kreisverwaltungen verstecken will. Wer sich so verhält, der darf sich über das entstehende Chaos nicht wundern."

Folgende Orte sind betroffen:

Kreis Herzogtum Lauenburg: Geesthaacht, Aumühle, Gudow, Salem, Schmielau, Wohltorf, Wentorf bei Hamburg sowie der Zeltplatz Schwalbenhalbinsel in der Gemeinde Römnitz-Schmielau

Kreis Steinburg: Krempe

Kreis Pinneberg: Utersen sowie das Schulauer Fährhaus in Wedel (Holstein)

Kreis Stormarn: Bollmoor und Dorf Lütjensee sowie Großensee

Kreis Rendsburg-Eckernförde: Holzbunge, Ortsteile Westensee und Wrohe (Westensee), der Ortsteil Siesby (Thumbby) sowie der Ortsteil Schönhagen (Brodersby)

Kreis Plön: Selent, der Ortsteil Heidkoppel (Wisch), die Ortsteile Görnitz und Grebin, der Badestrand am Großen Plöner See (Dersau), die Ortsteile Niederkleevez und Sandkanten (Bösdorf) sowie der Badestrand am Großen Plöner See der Gemeinde Ascheberg

Kreis Ostholstein: Der Ortsteil Dönsdorf (Wangels), die Ortsteile Bliesdorf und Brodau (Schashagen) sowie Dänschendorf und Avendorf

Kreis Schleswig-Flensburg: Die Ortsteile Steinberghaff sowie Steinbergholz (Steinberg), Arnis, Busdorf und die Gemeinde Quern

Pressemitteilung zur Rede von Hartmut Hamerich:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19\\_Hartmut\\_Hamerich\\_4202.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19_Hartmut_Hamerich_4202.html)



---

### **CDU-Initiative führt zu fraktionsübergreifendem Antrag gegen Kinderpornografie Strafbarkeitslücken sollen geschlossen werden**

Der von der CDU-Fraktion für die heutige Landtagssitzung eingebrachte Antrag „Kinderpornografie konsequent bekämpfen – Strafbarkeitslücke schließen“ hat eine fraktionsübergreifende Unterstützung gefunden. Nur der Piratenabgeordnete Dr. Patrick Breyer stimmte nicht zu.

Nach langen Verhandlungen konnte ein von allen Fraktionen gemeinsam getragener Antragstext abgestimmt werden. (Link siehe unten)

Ziel der Initiative ist es, Regelungslücken im Strafrecht zu schließen. Insbesondere sollen die Verbreitung, der Erwerb und der Besitz sexuell aufreizender Nacktfotos von Kindern und Jugendlichen generell strafbewehrt werden. Dies gilt auch, wenn die Fotos keine aktive Handlung des Kindes oder des Jugendlichen zeigen.

„Niemand darf mit den Körpern von Kindern und Jugendlichen Geschäfte machen“, war der Titel der Rede der sozialpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, zu diesem Thema.

Link zum neuen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1664.pdf>

Link zum Redetext:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19\\_Katja\\_Rathje-Hoffmann\\_4200.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19_Katja_Rathje-Hoffmann_4200.html)

---

## **CDU fordert die Zulassung von Radarwarngeräten in Autos Debatte über Radarkontrollen**

Ein Piratenantrag forderte für heute die Abschaffung verdeckter Radarkontrollen. Die Regierungsfaktionen brachten als „Gegenantrag“ die Forderung nach einem schriftlichen Bericht über die Sicherheit im Straßenverkehr ein.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, nahm die Debatte zum Anlass, sich für eine Zulassung von Radarwarngeräten in Autos einzusetzen:

„Das bestehende Verbot von Radarwarngeräten für fest installierte Blitzer ist angesichts erlaubter Radiohinweise selbst vor mobilen Radar-Kontrollen nicht mehr vermittelbar“, erklärte Arp in Kiel.

In Abgrenzung von den Piraten machte er aber auch deutlich: „Vor Kindergärten, Schulen und Gefahrenstellen, dürfen Raser keine Chance haben.“

Link zur Pressemitteilung:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19\\_Hans-Joern\\_Arp\\_4206.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19_Hans-Joern_Arp_4206.html)



## Große Anfrage zum Nationalsozialistischen Untergrund Landtag debattiert über Lehren aus NSU-Ermittlungsfehlern

Auftakt des ersten Tages der Plenarsitzung bildete ein Bericht der Landesregierung zu einer Großen Anfrage der Piraten zum Nationalsozialistischen Untergrund und dessen Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Neue Erkenntnisse beförderte die Antwort der Landesregierung nicht zu Tage. Ministerin Anke Spoorendonk, die Innenminister Andreas Breitner am heutigen Tage vertrat, führte aus, dass die Landesregierung aufgrund des laufenden Rechtsverfahrens vor dem Münchner Landgericht nicht vollumfänglich Auskunft geben könne.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Axel Bernstein ging in seiner Rede auf den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages ein. „Zum heutigen Stand der Diskussion wird es für den Landtag zunächst darum gehen, den Prozess der Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses im Lande zu begleiten und wo nötig zu forcieren“, betonte Dr. Bernstein.

Aus der Beantwortung der Großen Anfrage der Piraten sei zu entnehmen, dass die Landesregierung daran mitwirke, die Forderungen des Untersuchungsausschusses in den Arbeitskreisen der Innenministerkonferenz operabel zu machen und umzusetzen.

„Das ist gut und richtig. Die Bemerkung sei aber schon erlaubt: Bei anderen Themen, zu denen ein Schleswig-Holsteinischer Innenminister sicher weniger berufen war, konnte man Herrn Breitners Stimme bundesweit deutlicher vernehmen. Hier ist noch Luft nach oben!“, so Bernstein.

Pressemitteilung

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19\\_Pressemeldung\\_4199.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19_Pressemeldung_4199.pdf)

---

## Hitzige Debatte zur Theaterlandschaft in Schleswig Regierungsfraktionen lehnen unabhängige Expertenuntersuchung ab



Aus einem Antrag der PIRATEN zur Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein entwickelte sich rasch eine hitzige Diskussion über die Standortfrage des Landestheaters Schleswig. Die PIRATEN hatten eine unabhängige Untersuchung gefordert, um zu ermitteln welche Bedarfe und Ansprüche es grundsätzlich an Spielstätten im Land gibt. Die CDU-Fraktion unterstützte den Antrag. Eine externe Evaluierung sei richtig, um die Weichen für die Zukunft

zu stellen, betonte Fraktionschef Johannes Callsen. Dabei gehe es aktuell natürlich auch um das Schleswig-Holsteinische Landestheater.

Die Regierungskoalitionen zeigten kein Interesse am Vorstoß der PIRATEN und lehnten sowohl eine Ausschussüberweisung als auch den Antrag in der Sache einstimmig ab.

Die vollständige Rede von Johannes Callsen

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19\\_Pressemeldung\\_4203.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19_Pressemeldung_4203.pdf)

---

### **Spoorendonk in der Kritik**

#### **CDU fordert ein Überdenken des Gedenkstättenkonzeptes**



Anlass der heutigen Diskussion war der gescheiterte Förderantrag um Bundesmittel für die Neulandhalle in Dieksanderkoog. In seinem Redebeitrag forderte der Kulturexperte der CDU-Fraktion, Peter Sönnichsen, die Landesregierung auf, das Gedenkstättenkonzept des Landes, so wie es Kulturministerin Spoorendonk erarbeitet hatte, grundsätzlich zu überdenken.

Sönnichsen: „Das jetzt notwendige Überdenken des Konzeptes sollte dafür genutzt werden, gerade die Frage einer breiteren Förderung aller Gedenkstätten als nur einer Einrichtung allein zu prüfen“. In der Ausweitung liege eine wichtige Chance für die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein. Bislang seien die Schwerpunkte des Konzeptes zu sehr auf zwei Projekte begrenzt gewesen.

Die vollständige Pressemitteilung

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19\\_Pressemeldung\\_4201.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-19_Pressemeldung_4201.pdf)

---

### **CDU lehnt Forderung nach Streikrecht für bestimmte Beamte ab**

#### **Teilung der Beamtenschaft darf es nicht geben**

Die CDU-Fraktion hat sich heute klar gegen die Einführung eines Streikrechtes für bestimmte Beamtinnen und Beamte ausgesprochen. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, wonach das grundsätzliche Streikverbot für Beamte nicht im

Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention stehen könnte.

„Eine Teilung der Beamtenschaft in solche, denen ein Streikrecht zugestanden wird und solche, denen es verwehrt bleibt, darf es meiner Ansicht nach auch weiterhin nicht geben. Ich möchte keine Beamtenschaft, die geteilt ist. Ich möchte keine Beamten erster und zweiter Klasse“, erklärte die CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen in ihrer Rede.

Wie mit dem Urteil umzugehen ist bedürfe einer genauen Analyse. Schnellschüsse seien nicht angezeigt.

Link zur Rede:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19\\_Petra\\_Nicolaisen\\_4205.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-19_Petra_Nicolaisen_4205.html)

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)